

## Beratungsstellen fordern Konsequenzen



Im November jährte sich die Entdeckung der neonazistischen Terrororganisation »NSU« zum zweiten Mal. Seitdem haben Untersuchungsausschüsse des Bundestags und dreier Landtage zum Vorschein gebracht, in welchem erschreckendem Zustand Ermittlungsbehörden in Deutschland sind. Tief in den Institutionen verankerter Rassismus hat dazu geführt, dass die Morde nicht aufgeklärt und somit ungehindert fortgesetzt werden konnten, dass Spuren in die rechte Szene nicht verfolgt, Rassismus als Tatmotiv nicht in Betracht gezogen wurde. Stattdessen wurden die Familien der Opfer über Jahre verdächtigt und traktiert, ihre ermordeten Angehörigen als Drogenhändler – oder in andere »Machenschaften« verstrickt – diskreditiert. Man habe ihnen die Möglichkeit

genommen zu trauern, schreibt Semiya Şimşek, die Tochter des ersten Mordopfers in ihrem Buch »Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater«; erst 12 Jahre nach der Ermordung habe man der Familie zugestanden, Opfer zu sein. Die Begründungen für die Tätersuche im Umfeld der Opfer sind alarmierend. »Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist«, kann man in einer polizeilichen Fallanalyse lesen, und dass der »rigide Ehrenkodex« der Opfergruppe nach Südosteuropa weise. Es handelt sich hier nicht um »Ermittlungsspannen«, sondern

um systematische, von Vorurteilen geprägte Fehlleistungen.

Vor allem bei rassistisch motivierten Gewalttaten ist die Opfer-Täter-Umkehr ein bekanntes Muster. Şimşek und ihr Coautor Schwarz verweisen auf eine Studie, die die Opferperspektive 2004 veröffentlichte. Falluntersuchungen von Anschlägen auf migrantische Imbissbetriebe in Brandenburg zeigen, dass den Opfern immer wieder unterstellt wird, sie hätten z.B. selbst Feuer gelegt, um Versicherungssummen zu kassieren oder der Anschlag sei die Tat eines Konkurrenten gewesen. Sind keine – in den Augen der Ermittler – eindeutigen Hinweise wie Hakenkreuzschmierereien vorhanden, wird ein politischer Hintergrund ausgeschlossen. Bei den in Brandenburg untersuchten Vorfällen zeigte sich jedoch, dass alle ermittelten TäterInnen aus dem rechten Umfeld kamen, auch wenn sie keine Parole, kein entsprechendes Symbol hinterlassen hatten.

Die Liste der Opfer rechter Gewalt ist lang. Viele der Todesopfer tauchen in den offiziellen Statistiken nicht auf, weil Behörden und Gerichte das politische Motiv nicht erkannten. Deshalb fordern Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt schon lange, dass Ermittlungsbehörden dazu verpflichtet werden sollen, bei Taten gegen die typischen Opfergruppen von rechter Gewalt stets ein politisches Tatmotiv durch Ermittlungen in diese Richtung aktiv auszuschließen.

### INHALT

#### RASSISMUS

»Nein zum Heim« – Hetze und Anschläge gegen Flüchtlinge

#### AUS DER BERATUNGSARBEIT

Bedrohung – Wenn der Alltag zur Hölle wird

#### DISKRIMINIERUNG

Das Tagebuch des Rassismus

#### NEUE WEBSEITE

Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg

### MONITOR

#### Kultfigur mit Naziparolen

In Senftenberg und Lauchhammer taucht seit Oktober eine als Krümelmonster aus der Sesamstraße verkleidete Person auf und verteilt Flugblätter in der Fußgängerzone. »Demokraten bringen uns den Volkstod« ist die Botschaft in verschiedenen Variationen und im Comic-Stil gehalten. Auch Zugang auf einen Schulhof verschaffte man sich. Dort gehörte zur Aktion, die Figur mit Schülkindern abzulichten und die Bilder mit der Botschaft auf Facebook zu verbreiten. Im November wurden Flugblätter

auf die Fensterscheiben einer Schule geklebt und am Sportplatz fand sich ein grabähnliches Loch mit Holzkreuz und der Ankündigungen des nahenden »Volkstodes«. Inhalt und Aktionsformen ähneln auffällig denen der verbotenen »Widerstandsbewegung in Südbrandenburg«, besser bekannt unter dem Namen »Spreelichter«. Die Nutzung der Sesamstraßenfigur für Propagandazwecke kann als Zitieren der Terrorgruppe NSU, die mit Pink Panther ihre Mordserie bekannt geben wollte, und positiven Bezug auf deren Taten verstanden werden.

## »Nein zum Heim« – Hetze und Anschläge gegen Flüchtlinge



Premnitz, 7. September 2013 „Mahnwache“ vor der geplanten Flüchtlingsunterkunft.

Die Strategie ist immer die gleiche. Sobald bekannt wird, dass eine Flüchtlingsunterkunft neu eingerichtet oder erweitert werden soll, erscheint auf Facebook die Seite einer „Bürgerinitiative“, die rassistisch Stimmung dagegen macht und Proteste formiert. »Nein zum Heim in Bad Belzig« hatte innerhalb weniger Tage 500 Befürworter. »Nein zum Heim in Gransee« konnte innerhalb einer Woche 900 Anhänger sammeln. Das Vokabular auf diesen Seiten ist bekannt: von Asylschwemme ist die Rede, kriminellen Ausländern, Rundum-sorglos-Pakete für Asylbetrüger usw. Es werden Ängste und Neid geschürt. Man gibt sich als unabhängig aus, distanziert sich sogar von der NPD und dem Neonazismus, gleichzeitig wird aus der rechtsradikalen Jungen Freiheit zitiert, NPD-Videos hochgeladen und gegen die üblichen Feindbilder gehetzt. Unter den Diskutierenden sind wie zufällig die NPD-Funktionäre und einschlägige Neonazis der Region zu finden. In Pätz, einem kleinen Ort im Landkreis Dahme-Spreewald, war es das gleiche Spiel. Auch hier soll eine neue Flüchtlingsunterkunft entstehen. Auch hier eine anonyme »Nein zum Heim«-Bürgerinitiative auf Facebook. In kurzer Zeit wurden zwei Aufmärsche gegen die geplante Unterkunft organisiert und die TeilnehmerInnen angewiesen, auf einschlägige Symbole zu verzichten, um als Bürgerprotest zu erscheinen. Nicht nur in Brandenburg, auch in anderen Bundesländern versuchen Neonazis die gestiegenen Flüchtlingszahlen dafür zu nutzen, eine »Bürgerbewegung« zu formieren, die ihre Parolen übernimmt.

Sie können an Besitzstandsängste, Unwissenheit, Vorurteile und rassistische Ressentiments anknüpfen und das Gemisch radikalisieren. Alt bekannte rhetorische Muster, die im Laufe der Jahre auch von der etablierten Politik immer wieder benutzt wurden, werden vitalisiert und sind anschlussfähig für die Ideologie von NPD und Kameradschaften. In Brandenburg haben Landes- und KreispolitikerInnen außerdem viel zu spät angefangen, die in den letzten Jahren abgebauten Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge wieder aufzustocken. Statt integrationsorientierte Unterbringungskonzepte zu erarbeiten, stritt man sich lange um Zuständigkeiten, mit dem Ergebnis, dass nun an vielen Orten gleichzeitig und überstürzt neue Massenunterkünfte eingerichtet werden. Sie sind nicht nur für die BewohnerInnen eine Zumutung, sondern wirken auch nach außen stigmatisierend. Angesichts der angespannten Situation stellt die Landesregierung nun kurzfristig zusätzliche Mittel zur Verfügung, um Kreise zu unterstützen, den selbst verschuldeten »Unterbringungsnotstand« zu entschärfen. Im September wurde im Havelländischen Premnitz eine leerstehende Schule angezündet, die als neue Flüchtlingsunterkunft vorgesehen ist. Vorher war im Internet gehetzt worden. Der Brand konnte gestoppt werden, aber weitere Angriffe sind zu befürchten, denn in der Umgebung um Premnitz gibt es eine starke rechte Szene und im Ort selbst ist die Stimmung rassistisch aufgeheizt. Das noch leere Gebäude steht nun unter Polizeischutz. Einen Mo-

nat zuvor gab es einen Brandanschlag auf das Heim in Luckenwalde. Sylvester hatte es einen Brandanschlag in Beelitz auf ein Gebäude gegeben, das dort zur Flüchtlingsunterkunft werden sollte.

Die Kreisverwaltungen organisieren Bürgerversammlungen, um zu informieren und für Akzeptanz zu werben. Für Neonazis eine willkommene Plattform. In Pätz war man so klug, bei der Versammlung nur Ortsansässige einzulassen. Die angereisten Neonazis aus den Nachbarkreisen und Berlin mussten sich mit einer Kundgebung vor der Tür begnügen, aber die lokalen Rechten machten Stimmung – wie derjenige, der auf die Frage, wie lange die Flüchtlinge denn bleiben werden, in den Saal rief »bis es brennt«. In Gransee konnte weitgehend unbehelligt von Agitatoren über die »Ängste« von AnwohnerInnen vor Kriminalität, Dreck und Immobilienwertverlust diskutieren werden.

Die Erinnerung an die neunziger Jahre führt zu Wachsamkeit. Fast überall in Brandenburg gibt es Widerstand gegen Aufmärsche und Kundgebungen. Es entstehen Willkommensinitiativen. Patenschaften für Flüchtlinge, Deutschunterricht und andere Hilfestellungen werden angeboten. Und mancherorts begreift man die Flüchtlinge sehr handfest als Bereicherung. In Letschin, einem kleinen Ort im menschenleeren Oderbruch, hat man die Chance erkannt, mit Flüchtlingskindern die Schule vor der Schließung retten zu können. Die Einschätzungen der Lage gehen weit auseinander. Ob Brandenburg ein »rassistischer Flächenbrand« droht, wie manche befürchten oder die rechte Mobilisierung weitgehend ins Leere läuft, wie andere meinen, ist von vielen Faktoren abhängig. In jedem Fall sind die Flüchtlinge, die ihren Wohnort nicht selbst wählen können, Spielball der politischen Entwicklung. Dagegen wehren sie sich. Es gab Flüchtlingsproteste gegen unwürdige Wohnbedingungen in Potsdam, Prenzlau und Eisenhüttenstadt, gegen die neonazistische Propaganda gingen sie in Teltow-Fläming auf die Straße und überall in der Bundesrepublik kämpfen Flüchtlinge für Bewegungsfreiheit im Land.

## Bedrohung – Wenn der Alltag zur Hölle wird



Es gibt viele Formen von Gewalt. Das Einschüchtern, Drohen, Verleumden, Zermürben – kurz: der rechte Alltagsterror gegen Andersdenkende und MigrantInnen kann genauso zerstörerisch sein, wie Fausthiebe und Stiefeltritte.

Thomas Merk\* entfernt einen Nazi-aufkleber, der auf einer Straßenlaterne klebt. Dabei beobachtet ihn ein lokaler Nazifunktionär und fordert von ihm, damit aufzuhören. Tage später klingelt es an Merks Haustür. Er wohnt im Hochparterre und sieht den Neonazi mit einem Kumpanen an der Sprechanlage stehen. Sie drohen, die Wohnung zu stürmen. Zwei Stunden später das Gleiche. Etwas später hämmert jemand direkt gegen die Wohnungstür. Merk öffnet aus Angst, sie würde eingetreten. Drei Männer drohen ihm Schläge an, zwingen ihm Handygespräche mit bekannten Neonazis auf, die ihm Gewalt androhen. Die drei kündigen an, regelmäßig wiederzukommen. Merk traut sich aus Angst vor Rache nicht eine Anzeige zu erstatten. Nachbarn, die ihn anfangs unterstützten, sind inzwischen ebenfalls eingeschüchtert. Merks Bluthochdruck steigt. Er kann nachts nicht schlafen, an Wochenenden nicht mehr alleine in

seiner Wohnung sein. Er bekommt Panikattacken und sucht eine höher gelegene Wohnung, die er drei Monate später beziehen kann.

Familie Mircovic ist aus dem Flüchtlingsheim in eine Wohnung in der Stadt gezogen. Gegenüber wohnt eine Frau, die der Familie keine Ruhe lässt. Mit dem Satz „geht zurück ins Asylantenheim“ beginnt der Kleinkrieg. Sie beschimpft die Kinder, lauert ihnen auf, bespuckt sie, droht ihnen Schläge an und wirft Steinchen und Bierflaschen auf den Balkon. Sie hetzt ihre Bekannten und das Jugendamt gegen die Familie auf. Sie scharft eine Gruppe um sich, in denen die Familie Nazis zu erkennen glaubt. Jeder in der Familie hat Angst um die anderen. Sie trauen sich kaum noch aus dem Haus und erstatten Anzeige. Die Polizei vor Ort meint allerdings, man könne da nicht viel machen und rät der Familie wegzuziehen. Einen politischen Hintergrund will die Polizei nicht erkennen.

Heinz Schlüter will seinen Ruhestand in einem Dorf südlich von Berlin verbringen. Er hat guten Kontakt zum ebenfalls neu zugezogenen Nachbarn, bis dieser ihm Traktate über die „Ausschwitzlüge“ aufdrängt. Schlüter verbittet sich das und beendet den Kontakt, woraufhin der Nachbar eine regelrechte Verleumdungskampagne gegen ihn startet. In Zeitungsanzeigen, im Internet, am dörflichen Bekanntmachungsbrett bezichtigt er ihn der Stasimitgliedschaft, des Drogenhandels, sogar des Mordes. Schlüter erstattet Anzeige, aber die Justiz bewertet die Vorfälle als Nachbarschaftsstreit. Schlüter erhält weiter neonazistische Schriften per Post und wird bei Ämtern von seinem Nachbarn verleumdet. Im Ort brüstet der sich mit guten Kontakten in „Kameradschafts“-kreise der nahegelegenen Kreisstadt, eine verklausulierte Gewaltdrohung, die im Dorf wohl verstanden wird. Nach und nach ziehen sich die anderen Nachbarn von Schlüter zurück, wollen „damit“ nichts zu tun haben. Er hat Schlafstörungen, Herzrasen und kann sich nicht mehr von der Sorge lösen, militante Neonazis aus der Kreisstadt könnten sein Haus anzünden.

Soweit drei Fälle aus der jüngsten Beratungspraxis. In der Arbeit der Opferperspektive nehmen Bedrohungsfälle viel Raum ein. Die starke Wirkung auf die Betroffenen speist sich aus dem allgemeinen Wissen um die Brutalität rechter Schläger, auch wenn die TäterInnen selbst nicht dafür bekannt sind. Für sie haben Bedrohungen eine ähnliche Funktion, wie die physische Gewalt: sie verleihen das Gefühl von Macht und schüchtern nicht nur die GegenerInnen, sondern auch deren Umfeld ein.

In der Beratung geht es zunächst darum, gemeinsam mit den Betroffenen die Lage zu analysieren, Gefahren realistisch einzuschätzen und eine schnelle Entlastung zu verschaffen: eine Fensterfolie kann vor Steinwürfen schützen und so das Sicherheitsgefühl erhöhen, telefonische Erreichbarkeit von Bekannten tut es außerhalb der Wohnung. Ein solidarisches Netz ist das wichtigste und – wie die beschriebenen Fälle zeigen –, schwer aufzubauen bzw. zu erhalten. Anerkannte Autoritäten, wie z.B. OrtsbürgermeisterInnen, können hier eine wichtige Vorbild- und Schutzfunktion übernehmen. Nicht nur nach außen, sondern auch, in dem sie für die Bedrohten immer erreichbar sind. Die Polizei ist oft mit dieser subtileren Form von Gewalt überfordert und sieht wenig Eingriffsmöglichkeiten. Der Staatsanwaltschaft fehlt häufig die Sensibilität für den politischen Kontext.

Bedrohungen gelten offiziell nicht als politisch motivierte Kriminalität, das Ausmaß der rechten Gewalt und ihre Bedeutung für den Alltag vieler Menschen wird in diesem Bereich überhaupt nicht erfasst.

Tipps, wie man sich bei Bedrohungen schützen und Bedrohte unterstützen kann, hat Katrin Meinke beschrieben, zu finden in unserem Buch „Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren.“

\*Alle Namen im Text sind verändert

## Das Tagebuch des Rassismus

Für Menschen, die sich an unsere Antidiskriminierungsberatung wenden, sind Rassismuserfahrungen hässlicher Alltag. Sie berichten von Gefühlen der Verletzung, Entwürdigung, Fremdbestimmung und beschreiben, welche existenzielle Herausforderung es ist, einen Umgang mit Rassismus zu finden. Dem immer wieder geäußerten Bedürfnis der Betroffenen nach dem Darüber-Sprechen und Voneinander-Erfahren, gibt die Antidiskrimi-

nierungsberatung auf ihrer Homepage Raum in Gestalt einer Unterseite, auf der Betroffene einander gegenseitig einen Blick in ihr „Tagebuch des Rassismus“ gewähren. In Texten, Film- und Audiobeiträgen berichten sie von ihren Erfahrungen und persönlichen Auseinandersetzungen mit Rassismus. Der gegenseitige Blick Betroffener in das eigene und das Tagebuch der Anderen, trägt zur Vergewisserung bei, nicht alleine zu sein. Er zeigt, dass die

Bewältigung von Rassismuserfahrungen für alle Betroffenen ein unterschiedlicher, indes gleichermaßen schmerzhafter und schwieriger Prozess ist. Daraus kann die Kraft erwachsen, sich auszutauschen, gegenseitig zu stärken und das persönliche Repertoire an Umgangs- und Bewältigungsstrategien zu erweitern.  
<http://www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de/kategorie/betroffene-berichten>

**NEUE WEBSEITE**

## Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg

Im Mai begann das Moses Mendelssohn Zentrums (MMZ) Potsdam mit der Arbeit am Forschungsprojekt: „Untersuchung umstrittener Altfälle: Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg seit 1990“. Hintergrund ist die Diskrepanz zwischen der offiziellen Zählung, nach der es seit 1992 neun Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg gegeben hat und der Zählung, die auf journalistischen Recherchen sowie den Chronologien der Opferperspektive und der Amadeu Antonio Stiftung beruht. Die Opferperspektive geht von 28 Fällen als gesichert und weiteren 4 Verdachtsfällen aus.

Im Auftrag des brandenburgischen Innenministeriums untersucht das MMZ nun die bisher nicht staatlich anerkannten Tötungsverbrechen. Begleitet wird die Forschung von einem ExpertInnengremium, in dem auch der Verein Opferperspektive vertreten ist.

Seit der Pressekonferenz auf der das MMZ das Forschungsvorhaben vor-

stellte, wenden sich regelmäßig JournalistInnen an die Opferperspektive, um – vor dem Hintergrund der NSU-Morde und der damit einher gegangenen Sensibilisierung der Öffentlichkeit – mehr über die nicht anerkannten Todesopfer zu erfahren und zu berichten. Das Forschungsvorhaben stößt außerdem auf breites öffentliches Interesse, weil Brandenburg als erstes Bundesland die Überprüfung der nicht anerkannten Todesfälle an unabhängige Forscher abgegeben hat und damit „Neuland“ betritt. Für die Begleitung der Pressearbeit und des öffentlichen Interesses an dem Forschungsprojekt haben wir eine Webseite nur für die Dokumentation der politisch rechts motivierten Tötungsverbrechen in Brandenburg eingerichtet. Auf der Seite wird auch auf Gedenkort und Gedenkinitiativen hingewiesen und die Anerkennungsdebatte dokumentiert. [www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de](http://www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de)

In diesem Kontext sei auf einen Artikel von Judith Porath in unserem Buch hingewiesen: In „Das wahre Ausmaß anerkennen – Todesopfer rechter Gewalt im Land Brandenburg“ legt sie den Schwerpunkt auf die Tatsache, dass die Mehrzahl der Todesopfer in Brandenburg Wohnungslose und sozial marginalisierte waren und beschreibt den Wandel in der Bewertung dieser Morde durch die Justiz.

**DANKE**

Wir möchten uns herzlich bei allen bedanken, die uns zu unserem 15-jährigen Bestehen gratuliert haben, vor allem unseren ehemaligen KollegInnen, WegbegleiterInnen und KlientInnen, die von weither angereist sind. Insbesondere danken wir Ulli Jentsch vom apabiz für seine Laudatio und für ihre Ansprachen und Grußwörter Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg, Staatssekretärin Daniela Trochowski, Anetta Kahane, Almuth Berger, Landtagspräsident Gunter Fritsch und Oberstaatsanwalt Erardo Rautenberg. Sehr gefreut haben wir uns auch über die eingegangenen Geburtstagspenden. VIELEN DANK!

**IMPRESSUM**

Opferperspektive e. V.  
 Rudolf-Breitscheid-Straße 164  
 14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000  
 Telefax: 0331 8170001

E-Mail: [info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
 Internet: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

Redaktion: Beate Selders, Ulrike Imhof  
 Lektorat: Koll\_edit\*

Bild S. 1: Marcus Fischer  
 Bild S. 2 Presseservice Rathenow  
 Bild S. 3 DIM&#9650 photocase.com

Spendenkonto 3813100  
 Bank für Sozialwirtschaft  
 BLZ: 10020500  
 IBAN: DE34100205000003813100

